

## Die russische Wirtschaft im Jahr der Präsidentenwahl: Abwertungsimpulse bestehen weiter, Wachstumserfolge sind ungewiß

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (2000). *Die russische Wirtschaft im Jahr der Präsidentenwahl: Abwertungsimpulse bestehen weiter, Wachstumserfolge sind ungewiß*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 13/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44970>

### Nutzungsbedingungen:

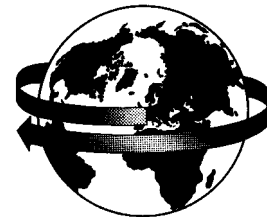
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Aktuelle Analysen

# Wahlen in Rußland 2000/1

Nr. 13/2000

10. Februar 2000

### Die russische Wirtschaft im Jahr der Präsidentenwahl

Abwertungsimpulse bestehen weiter, Wachstumserfolge sind ungewiß

#### **Zusammenfassung**

Nach der starken Abwertung des russischen Rubels und einem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahre 1998 fand 1999 ein Wirtschaftsaufschwung statt, der als gleichsam automatische Folge der Veränderung der Währungsparitäten zu erwarten war. Allerdings kam als positiver Effekt noch die Erhöhung des Erdölpreises hinzu. Auch im laufenden Jahr bleibt die günstige Wettbewerbssituation der russischen Produzenten zunächst noch bestehen. Freilich könnten sich längerfristig die negativen Folgen des verminderten Drucks der Auslandskonkurrenz bemerkbar machen. Wesentliche Reformschritte sind noch nicht vollständig ausgeführt. Da sie nur nach und nach umgesetzt werden können, besteht kaum Aussicht auf ein schnell einsetzendes hohes Wirtschaftswachstum, wie es von der Regierung Putin anvisiert wird. Maßnahmen zur Verbesserung des Investitions- und Konsumklimas sind allerdings möglich und auch erforderlich.

#### **Positive Folgen der Währungskrise im August 1998 für die Wirtschaftsentwicklung**

Bis heute ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Rußland vor allem als Reaktion auf die Währungskrise des Jahres 1998 zu verstehen.<sup>1</sup> Nach der am 17. August 1998 erfolgten Kursfreigabe war es zu einer erheblichen Abwertung des russischen Rubels gegenüber ausländischen Währungen gekommen. Dadurch wurde wieder die reale Währungsparität erreicht, die 1994 gegolten hatte. Der russische Rubel ist nun wieder stark unterbewertet, und es stellten sich gleichsam automatisch die Folgen ein, die eine Abwertung nach sich zieht:

Die Einfuhren verteuerten sich, wozu neben den importierten Fertigerzeugnissen (Konsum- und Investitionsgüter) auch die Vorprodukte für heimische Produzenten gehörten. Das inländische Preisniveau stieg an, weil sowohl Importgüter als auch mit ausländischen Vorprodukten hergestellte Waren teurer wurden. Wenn allerdings auch Löhne und Gehälter ansteigen – in Rußland weniger auf Druck der Gewerkschaften als durch steigende Beschäftigung –, wird ein Gegeneffekt ausgelöst, der die Wirkungen der Abwertung allmählich wieder eliminiert.

<sup>1</sup> Die Währungskrise war nicht in erster Linie Folge eines überhöhten Wechselkurses des Rubels, sondern wurde durch die Finanzkrise des russischen Staates ausgelöst, der seit 1995 das Budgetdefizit des Föderalhaushaltes durch extrem hochverzinsliche Anleihen finanzierte. Im Zuge des "Ansteckungseffekts" der Asienkrise zogen sich die Anleger vom russischen Wertpapiermarkt zurück, was zur Zahlungsunfähigkeit Rußlands und zur erzwungenen Abwertung führte.

Solange aber der Abwertungseffekt anhält, verbessern sich die Absatzchancen für heimische Produzenten auf dem Inlandsmarkt (Importsubstitution). Die höheren Gewinne, die sowohl die Exporteure als auch die für den heimischen Markt produzierenden Unternehmen verzeichnen, erleichtern die Finanzierung von Investitionen. Auch ausländische Direktinvestitionen in Rußland werden attraktiver, weil bei der Produktion im Lande selbst auch die ausländischen Unternehmen an den genannten Vorteilen partizipieren. Es kommt im Zuge der Produktionsausweitung zu einer Zunahme der Beschäftigung und zu einer kostensenkenden besseren Auslastung der Produktionskapazitäten.

Nach der bereits erfolgten Abwertung ist die Gefahr einer zukünftigen gering, was das Vertrauen in die Währung stärkt. Auch bei gleichbleibenden Dollar-Exporteinnahmen sind die in Rubel bemessenen Exportabgaben an den Staat durch die Rubelabwertung höher geworden, was sich im Staatsbudget entsprechend positiv niederschlägt.

Diese theoretisch zu erwartenden Effekte spiegeln sich in den statistischen Daten für 1999 wieder:

Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1999/98	1998/97	1997/96
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3.2	-4.6	0.8
Industrieproduktion	8.1	-5.2	2.0
Agrarproduktion	2.4	-13.2	1.5
Transportvolumen	5.2	-3.4	-3.4
Ausfuhren*	-3.1	-15.9	-0.4
Einfuhren*	-33.8	-19.8	7.0
Sachanlageinvestitionen	1.0	-6.7	-5.0
Einzelhandelsumsatz	-7.7	-3.3	3.8
Verfügbares Einkommen	-15.1	-16.9	5.8
Reallöhne	-23.2	-13.4	4.7
Arbeitslosigkeit	6.8	9.5	12.0
Konsumgüterpreise**	36.5	84.4	11.0

\* Jeweils Januar bis November. \*\* Dezember gegenüber Dezember.

Quelle: Goskomstat <www.gks.ru>.

### Wirtschaftspolitische Erfolge 1999 und Aussichten für 2000

Im Jahre 1998 überdeckten die von der Störung des Zahlungssystems ausgehenden Effekte die potentiellen Auftriebskräfte der Abwertung. Zunächst hatte die Freigabe des Wechselkurses eine Reihe von Banken, die hohe Devisenkredite aufgenommen hatten, zahlungsunfähig werden lassen. Da die russische Regierung die Rückzahlung von staatlichen Schulden sowie Bankschulden an In- und Ausländer zunächst blockierte, wurde der Zahlungsverkehr im Lande für Monate gelähmt; ausländische Banken und Unternehmen zogen Kapital und Beschäftigte ab, viele Handels- und Dienstleistungsunternehmen stellten ihre Tätigkeit ein. Allmählich aber kamen die positiven Wirkungen der Abwertung zum Tragen, und 1999 wurde der Produktionsrückgang des Jahres 1998 zur Gänze wieder aufgeholt.

Die wirtschaftliche Entwicklung von Mitte 1998 bis Anfang 2000 übertraf die ursprünglich viel pessimistischeren Erwartungen und bestätigt somit, daß in Rußland – zumindest auf makroökonomischer Ebene – marktwirtschaftliche Mechanismen funktionieren. Als positiver externer Effekt ist allerdings noch auf den Anstieg des Erdölpreises zu verweisen, der sich seit Anfang 1999 verdoppelt hat und den Exporteuren sowie dem Staatshaushalt erhebliche Zusatzeinnahmen bescherte.

## Vollzug des föderalen Budgets (Januar bis November)

	Mrd. Rbl		% des BIP	
	1998	1999	1998	1999
<i>BIP</i>	2372	4010	100.0	100.0
<i>Einnahmen</i>	213	509	9.0	12.7
Steuern	183	433	7.7	10.8
Mehrwertsteuer	78	188	3.3	4.7
Gewinnsteuer	24	70	1.0	1.7
Akzisen	31	69	1.3	1.7
Zölle	30	75	1.3	1.9
Sonstige Steuern	21	31	0.9	0.8
Andere Einnahmen	8	31	0.3	0.8
<i>Budgetäre Fonds</i>	21	45	0.9	1.1
<i>Ausgaben</i>	321	568	13.5	14.2
Schuldendienst	97	139	4.1	3.5
Inlandsschulden	65	61	2.7	1.5
Auslandsschulden	32	78	1.3	1.9
Andere	225	429	9.5	10.7
Verteidigung	47	94	2.0	2.3
Soziales	47	71	2.0	1.8
Regionen	31	52	1.3	1.3
Restliche	101	212	4.2	5.3
<i>Primärer Saldo*</i>	-12	80	-0.5	2.0
<i>Gesamtsaldo</i>	-109	-59	-4.6	-1.5

\* Der primäre Saldo enthält nicht den Schuldendienst.

Quelle: Finanzministerium Rußlands <[www.eeg.ru/budget.html](http://www.eeg.ru/budget.html)>.

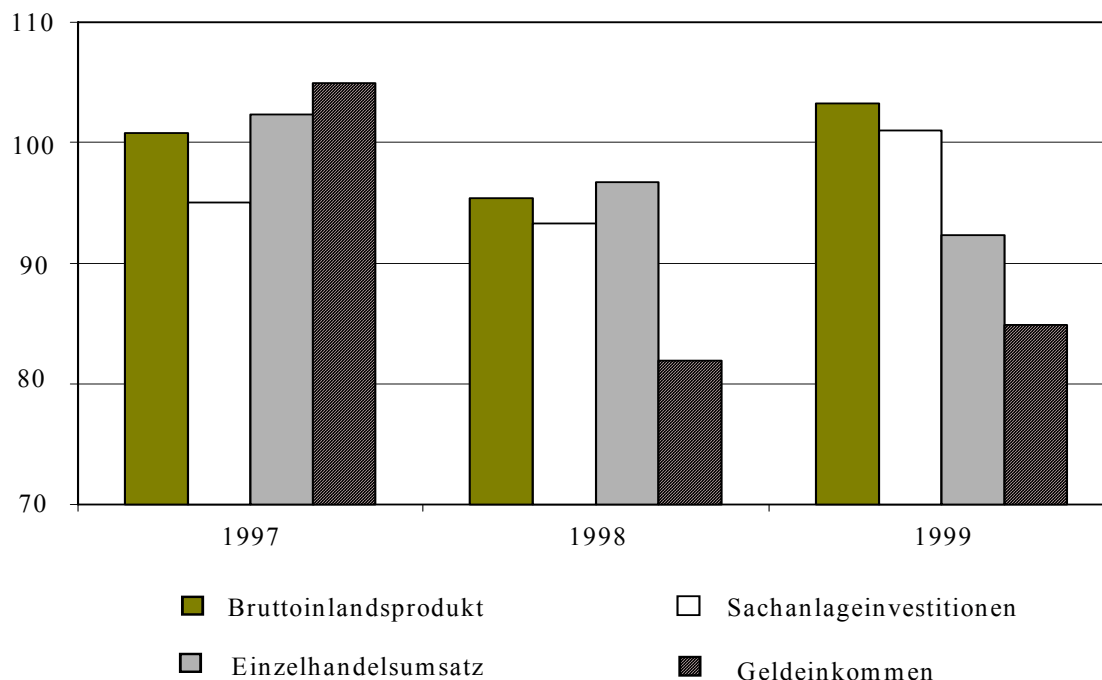
Die wirtschaftliche Erholung des Jahres 1999 kommt auch in folgenden Faktoren zum Ausdruck:

- Das föderale Budget verzeichnete nicht nur nominal, sondern auch als Anteil am BIP berechnet höhere Steuereinnahmen, die zudem in größerem Umfang als früher in Geld (und nicht in Waren) bezahlt werden. 1999 ergab sich ein verhältnismäßig geringes Defizit des föderalen Budgets und unter Ausklammerung des Schuldendienstes ein "Profizit" bzw. ein positiver primärer Saldo. Die Budgets der Gebietskörperschaften sind annähernd ausgeglichen.
- Es kam zu einem Abbau der Lohnrückstände, wenn dieser Erfolg auch dadurch relativiert wird, daß wegen der fortgeschrittenen Inflation die nachträglich ausbezahlten Löhne nur noch einen entsprechend geringen realen Wert haben.
- Die restriktive Geldpolitik wurde – entgegen allseits geäußerten Befürchtungen – beibehalten, mit der Folge einer Abnahme der Inflation und eines relativ stabilen Rubelkurses.

Gegenüber den Vorjahren weist das Jahr 1999 die Besonderheit auf, daß der private Konsum, hier vertreten durch die Indikatoren Reallöhne und Einzelhandelsumsatz, hinter der Produktion und auch hinter der Entwicklung der Investitionen zurückblieb (siehe Diagramm).

### Entwicklung von Produktion, Einkommen und Einkommensverwendung

Vorjahr = 100



Für 2000 kann mit folgenden fortdauernden Tendenzen gerechnet werden:

- Die mäßige nominelle Rubelabwertung hat bei geringer Inflation einen real stabilen oder nur mäßig steigenden realen Rubelkurs zur Folge, was die günstige Wettbewerbssituation der inländischen Produzenten zunächst weiter anhalten läßt. Etwaige Versuche der russischen Zentralbank, den Rubelkurs entgegen dem Markttrend zu stabilisieren, werden angesichts der geringen Devisenreserven der Zentralbank (nur rund 12 Mrd. US-\$ einschließlich Gold) erfolglos bleiben.
- Wegen des Inflationsrückgangs sind steigende Realeinkommen zu erwarten, was zu einer allmählichen Erholung der Konsumnachfrage führt.
- Das zu erwartende leichte Wirtschaftswachstum (Prognose 2000: 2%) wird somit sowohl von der Angebotsseite als auch von der Nachfrageseite her gestützt.

Als ungelöste Probleme verbleiben allerdings unter anderem:

- Die Restrukturierung der Betriebe und Banken kommt nur langsam voran.
- Schwächen des russischen Steuersystems wie zu viele Steuerarten, eine zu geringe Besteuerungsbasis und ein immer noch beträchtlicher Anteil von Zahlungen per Tauschgütern (Barter) und mit Hilfe von Geldsurrogaten sind noch nicht behoben. Erste Schritte sind mit Inkraftsetzung des ersten Teils des Steuerkodex, der Senkung der Spitzensteuersätze für Gewinne und Einkommen auf jeweils 30% sowie der Abschaffung von Besteuerungsprivilegien für die "geschlossenen Städte", allerdings bereits gegangen worden.
- Die mangelnde Rechtssicherheit für in- und ausländische Investoren wird nach wie vor beklagt.

- Die Kapitalflucht (man schätzt sie auf 1-1,5 Mrd. US-\$ pro Monat) entzieht der russischen Volkswirtschaft Finanzmittel, die das Volumen der ausländischen Investitionen und Finanzhilfen weit übersteigen.
- Ein hoher Anteil der Schattenwirtschaft (25-40% des BIP), hohe Wirtschaftskriminalität, ein hohes Ausmaß der Korruption und wenig transparente Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft (Einfluß der "Oligarchen") behindern das Funktionieren der marktwirtschaftlichen Mechanismen.
- Die Schuldentrückzahlung an das Ausland (ohne Restrukturierung sind bis 2008 jährlich zwischen 9 und 18 Mrd. US-\$ fällig) erfordert die Einigung mit den staatlichen Gläubigern (Pariser Club) sowie den 600 privaten Gläubigern (Londoner Club). Auch gegenüber den in- und ausländischen Inhabern von Staatsanleihen, die seit August 1998 nicht mehr bedient werden, steht eine Regelung noch aus.

### **Chancen für hohes Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren**

Nach den – allerdings noch unfertigen – Vorstellungen der neuen Denkfabrik Putins setzt sich die russische Regierung und der aussichtsreiche Präsidentschaftskandidat Putin das ehrgeizige Ziel, Rußland in verhältnismäßig kurzer Zeit wirtschaftlich an die westlichen Industriestaaten heranzuführen und dafür ein außerordentlich hohes Wirtschaftswachstum in Gang zu bringen. Freilich lassen die bislang diskutierten Maßnahmen die Erreichung dieses Ziels als reichlich unrealistisch erscheinen.<sup>2</sup> Wenn aber der seit 1992 eingeschlagene Weg der Wirtschaftstransformation fortgeführt werden soll, stehen auf der Tagesordnung zunächst Punkte wie:<sup>3</sup>

- eine Vielzahl von Korrekturen, Ergänzungen und die Komplettierung des rechtlichen Rahmens mit dem Ziel der Verbesserung der Stellung der Eigentümer und Geschäftspartner sowohl untereinander als auch gegenüber dem Staat;
- die vollständige Verabschiedung grundlegender Rahmengesetze wie Steuerkodex, Zollkodex, Budgetkodex sowie Landkodex;
- der Abbau der überdimensionierten Bürokratie nicht nur auf föderaler, sondern auch auf regionaler Ebene;<sup>4</sup>
- Reformen des Sozialsystems, um Anspruch und Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen.
- Auch eine Militärreform sowie die Reform der föderalen Beziehungen gehören zu den Gegenständen mit wirtschaftlicher Bedeutung auf der längerfristig konzipierten Tagesordnung.

Da diese Strukturreformen Jahre brauchen werden, um greifen zu können, ist nur mit einer allmählichen Erholung der russischen Wirtschaft zu rechnen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung, die schon rasch das Investitions- und Konsumklima verbessern, sind allerdings erforderlich, da der von der Abwertung des Jahres 1998 ausgehende, die Wirtschaft belebende Impuls im Laufe des Jahres erschöpft sein könnte. Hierfür kommen vor allem die Bezahlung ausstehender Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten sowie die Begleichung von Rechnungen für Staatsaufträge in Frage. Im Gegenzug müßte die Abschöpfung von Gewinnen der Rohstoffexporteure intensiviert werden, die gegenwärtig an inkonsequenten Regelungen scheitert.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> R. Götz, Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft, Aktuelle Analysen des BIOst, 3/2000.

<sup>3</sup> Siehe auch die Studie zum Investitionsklima in Rußland und zu den erforderlichen Maßnahmen zu seiner Verbesserung aus Sicht russischer Wirtschaftskreise: Ekspertnyj institut (Hrsg.), Investicionnyj klimat v Rossii, <[www.nns.ru/analytdoc/exind.html](http://www.nns.ru/analytdoc/exind.html)>.

<sup>4</sup> Nach Schätzung eines russischen Autors zählt die russische Bürokratie 18 Mio. Personen oder ein Viertel der Erwerbsbevölkerung. Das Vermögen, das von der Bürokratie genutzt wird, beziffert er mit bis zu 13 Billionen US-\$. Vgl. S. Khaitun, Billions for Bureaucrats' Dictatorship, in: Moscow News, 26.1.2000.

<sup>5</sup> S. Kimel'man/V. San'ko, Kto prisvaivaet gornuju rentu?, in: Nezavisimaja gazeta, Beilage Politëkonomija, 2/2000, S. 13.

Bei der Hoffnung auf einen lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung darf auch nicht aus den Augen verloren werden, daß das angeblich so reiche Rußland bald an Grenzen seiner Ressourcen- und Kapitalausstattung stoßen könnte.<sup>6</sup> Auf folgenden Gebieten sind die wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten in Kürze erreicht:

- Die Nahrungsmittelversorgung stützt sich gegenwärtig (nachdem der Import von Nahrungsmitteln stark zurückging) weitgehend auf die Erzeugung der privaten Haushalte. Bei einem länger anhaltenden Wirtschaftsaufschwung müßte sie sich wieder auf die landwirtschaftlichen Unternehmen verlagern, deren Reorganisation und Rekapitalisierung noch aussteht.
- Die Erdöl- und Erdgasförderung zehrt von in der Vergangenheit erkundeten und erschlossenen Vorkommen. Daß die Pläne einer Förderungsausweitung realistisch sind, muß bezweifelt werden. Die Heranziehung der – im Unterschied zu Erdgas und Erdöl – für Jahrhunderte ausreichenden Kohlereserven für die Energiegewinnung wurde vernachlässigt und erfordert die Entwicklung neuartiger Technologien und Transportverfahren.
- Der Kapitalstock einschließlich der Infrastruktur verlangt einen wesentlich höheren Erneuerungs- und Erhaltungsaufwand als bisher. Dies impliziert eine höhere Investitionsquote, was mit der ebenfalls wünschenswerten Ausweitung des privaten und staatlichen Konsums in Konflikt gerät, solange das Problem der Kapitalflucht nicht gelöst werden kann.

### **Rußland und der Westen**

Für die westlichen Finanzorganisationen und die hinter ihnen stehenden Staaten stellt sich erneut die Frage, welche Politik sie gegenüber Rußland einschlagen sollen. Ein Ausdruck dieser Unsicherheit ist das Zögern des IWF bei der Auszahlung der verbleibenden Tranchen des 1998 vereinbarten Milliardenkredits. Mit Recht verweist der IWF zwar auf noch nicht eingelöste Reformversprechen hinsichtlich Strukturen und Verhalten der "natürlichen Monopole" in den Bereichen der Gas- und Ölförderung und des Transportwesens sowie die mangelnde Transparenz des Geschäftsgebarens von Zentralbank und Sparbank. Im Hintergrund steht wohl aber auch die Frage, ob einem Land, dessen Handelsbilanzüberschuß 1999 rund 30 Mrd. US-\$ betrug und das dennoch auf Finanzhilfen zur Tilgung seiner Auslandsschulden angewiesen ist (1999 wurden 5-6 Mrd. US-\$ zurückbezahlt), mit Geld wirklich geholfen werden kann. Die Vermutung, daß öffentliche Finanzhilfen die Bereitschaft

---

<sup>6</sup> A. Belousov/A. Ivanter/N. Kiričenko, *Zavtra makroekonomika*, in: *Ekspert*, 1/2000.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.  
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0945-4071

der russischen staatlichen Stellen zur tiefgreifenden Verbesserung der Zustände eher unterminieren als fördern, ist nicht leicht von der Hand zu weisen.

Roland Götz